

## Antwort

des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Johannes Klomann, Dr. Anna Köbberling und Wolfgang Schwarz (SPD)  
– Drucksache 17/6082 –

### Die Zukunft der Stadt Koblenz als Hochschul- und Wissenschaftsstandort

Die Kleine Anfrage – Drucksache 17/6082 – vom 26. April 2018 hat folgenden Wortlaut:

Mit dem Bericht der Expertenkommission zum Hochschulzukunftsprogramm werden Perspektiven für das Land Rheinland-Pfalz als Hochschul- und Wissenschaftsstandort aufgezeigt. Eine regelmäßige Evaluierung der bestehenden Struktur der rheinland-pfälzischen Hochschullandschaft erscheint insofern wichtig, da die Ressourcen, die das Land in Lehre und Forschung investiert, möglichst effektiv genutzt werden und die Hochschulen bestmögliche Möglichkeiten für ihre Profilierung erhalten sollen. Hochschulen sind wichtige Anker für junge Menschen und talentierte Forschende in ihren Regionen und gestalten ein lebendiges Innovationsumfeld. Sie haben somit auch eine wichtige Strahlfunktion für die Wirtschaft. Deshalb gilt es, die Hochschullandschaft bestmöglich aufzustellen und zukunftssicher zu machen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung wie folgt:

1. Beabsichtigt das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur nach dem Hochschulzukunftsprogramm die Campi an den Standorten Koblenz und Landau als eigenständige Universitäten auszuweisen? Wenn ja, in welchem Zeitrahmen?
2. Welche Entwicklungsmöglichkeiten werden bei einer Trennung für die Universität Koblenz gesehen?
3. Wie verhält es sich bei einer möglichen Trennung mit den Beschäftigten am Standort Mainz? Wo würden diese in Zukunft eingesetzt werden?
4. Welche Argumente sprechen für bzw. gegen die Gründung einer Gesamthochschule aus der Universität und der Hochschule Koblenz?

Das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 22. Mai 2018 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Am 26. April 2018 hat die vom Land einberufene Expertenkommission ihren Empfehlungsbericht über Potenziale, Herausforderungen und Chancen für das rheinland-pfälzische Hochschulsystem der Landesregierung übergeben. In diesem Bericht wird die erfolgreiche Entwicklung der Universität Koblenz-Landau in den letzten Jahren gewürdigt. Gleichzeitig erkennt die Kommission für die Universität zusätzliche Potenziale, die durch Kooperationen beider Standorte in ihren jeweiligen Regionen erschlossen werden können. So würden sich für die Entwicklung der Forschungsstärke des Standortes Landau der Universität Koblenz-Landau z. B. neue Chancen in einer regional bezogenen Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Kaiserslautern ergeben. Für eine strategisch inhaltliche Weiterentwicklung der beiden Standorte sei eine an den jeweiligen regionalen Potenzialen orientierte Weiterentwicklung der Governance-Struktur der Universität Koblenz-Landau notwendig.

Das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MWWK) greift diese Anregung der Expertenkommission auf. Das MWWK wird mit Vertreterinnen und Vertretern der Universitäten Koblenz-Landau und Kaiserslautern sowie der Hochschule Koblenz über weitere Kooperationsmöglichkeiten in den Regionen Gespräche führen. Diese Gespräche werden ergebnisoffen geführt und orientieren sich an möglichen Leistungssteigerungen in Forschung und Lehre. Dabei wird auch der von der Kommission aufgeworfenen Frage einer optimalen Governance-Struktur nachgegangen, ebenso möglichen Auswirkungen auf andere Standorte. Entscheidungen hierzu werden erst nach einer gründlichen Beratung getroffen.

Zu Frage 3:

Es gibt derzeit keine Erkenntnisse, ob es nach dem Ergebnis der oben ausgeführten geplanten Beratungen zu Auswirkungen auf Beschäftigte am Standort Mainz kommen wird.

Zu Frage 4:

Die Frage nach der Gründung einer Gesamthochschule unterliegt aktuell nicht einem Abwägungsprozess. Beide Hochschulen in Koblenz verfügen jeweils für sich über ausgewiesene Stärken und Profildbereiche, die eine Eigenständigkeit rechtfertigen.

Prof. Dr. Konrad Wolf  
Staatsminister